

Klippencountdown, Krisenmanagement und Kuchenpleite in den USA

Zusammenfassung der US-Berichterstattung in der Woche vom 12. bis 16. November 2012

(fd) Während des Wahlkampfes waren sich beide politischen Parteien einig - das sogenannte „fiscal cliff“ (fiskalische Klippe) dürfe nicht erreicht werden. Stattdessen müsse man aufeinander zu gehen. Doch schon eine Woche nach der Wiederwahl des Präsidenten sind die Fronten abermals verhärtet. Einigkeit herrscht lediglich darüber, dass ein Abkommen erreicht werden muss, doch die dazu benötigte Kooperationsbereitschaft schwindet. Während die Republikaner nicht gewillt sind Steuererhöhungen für die Oberschicht zuzustimmen, beharren die Demokraten darauf, dass sie keine Steuererhöhungen für das gesamte Volk akzeptieren werden. Ebenso wenig hinzunehmen seien Kürzungen bei Medicaid und Medicare. Sollte es zu keinerlei Einigung kommen, hätte das zu allgemeinen Steuererhöhungen und zu anderen staatlichen Ausgabenkürzungen zur Folge. Wirtschaftswissenschaftler befürchten, dass dieses Ereignis die USA zurück in die Rezession werfen würde. Eine Versammlung des Senates diese Woche erhöhte nur noch den Druck auf das bevorstehende Treffen von Präsident Obama und den Kongressführern im Weißen Haus. Der Senator Richard J. Durbin, einst die große Hoffnung auf eine Einigung, behauptete in einem Interview mit der *New York Times*: „Das Treffen war großartig. Es gab reichlich Donuts.“ Eine weniger ironische Aussage machte Senator Tom Coburn, ehemaliges Mitglied der „Gang of Eight“: „Wenn acht Mitglieder darum bemüht sind eine Lösung zu erarbeiten, und keine finden, dann zeigt das die Schwierigkeit der Lage.“ Somit ist nun alles Augenmerk auf den Präsidenten und die Kongressführer gerichtet, die sich am kommenden Freitag treffen werden. Wirtschaftsberater behaupten allerdings jetzt schon, dass es keine ernsthaften Verhandlungen vor Mitte Dezember geben wird - nicht bis kurz vor Ablauf der Frist.

Während der Senat darum bemüht war Lösungen für die „fiscal cliff“ zu finden, bemühte sich Präsident Obama den Hurrikanopfern von Sandy zu helfen. Am Donnerstag besuchte der Präsident zusammen mit Gouverneur Andrew M. Cuomo und dem Bürgermeister Michael R. Bloomberg die betroffenen Gebiete von New York. Gemeinsam versuchten sie einen Überblick über die Lage zu bekommen, spendeten Trost und versprachen den Bürgern eine robuste Unterstützung des Bundes. Sandy tötete in den USA und in der Karibik fast 200 Menschen, mehr als 414.000 Menschen beantragten bei der Katastrophenhilfe (FEMA) Unterstützung und mehr als 611 Millionen Dollar sind schon jetzt für die Wiederaufbauhilfe bereitgestellt worden. Umfragen der *New York Times* zufolge sind jedoch nicht alle Amerikaner mit Obamas Hilfe zufrieden, einige waren der Meinung, dass sein zweiter Besuch früher hätte kommen müssen. Dennoch waren viele betroffene Bürger froh über seinen Besuch und dankten ihm dafür. Der Präsident plädierte für eine Zusammenarbeit der Bundesbehörden mit staatlichen und örtlichen Führungskräften, um sowohl in New York als auch in New Jersey ein gemeinsames Konzept zum Wiederaufbau zu finden. Der Senator Charles E. Schumer sagte nach dem Besuch Obamas: „Er verließ uns mit dem Gefühl, dass er sehr bemüht ist und dafür kämpfen wird die benötigte Unterstützung für uns zu bekommen.“

„Twinkie, Twinkie pastry star, how we wonder what you are - made of.“ Twinkies Kuchen sind ein Sinnbild der USA, genauso wie Coca-Cola, Ford und viele andere weltweit bekannte Produkte und Marken. Jeder, der schon einmal in Amerika war, kennt sie, diese kleinen mit

Vanillecreme gefüllten gold-gelben Biskuits. Jedoch wird es diese kleinen süßen Sünden vermutlich schon bald nicht mehr geben. Denn sowohl der *New York Times* als auch der *Washington Post* zufolge steht die Firma Hostess kurz vor dem Aus. Sinkende Absatzzahlen sowie immer geringer werdenden Löhne, zunehmende Streitgesprächen über Vergünstigungen für die Arbeitnehmer und die daraus resultierenden Streiks in den Unternehmen führten letzten Endes zum Ruin der Marke. Sollte sich keine andere Firma dazu bereiterklären das Unternehmen zu übernehmen, dann verliert Amerika nicht nur ein Sinnbild, mit dem viele Amerikaner aufgewachsen sind, sondern 18.500 Menschen ihren Arbeitsplatz.

Quellen:

www.latimes.com

www.nytimes.com

www.usatoday.com

www.washingtonpost.com